Nr. 14 20. Jahrg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Mittwoch, 19. Januar 1921

Fernsprecher: Redaktion 21366 — Geschäftsstelle 15028
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit Illustrierter Beilage 12.75 M, Ausgabe B 11.25 M einschließlich Postbestellgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M, Familienanzeigen 1.30 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Moskauer Geld für deutsche Kommunisten

Daß die deutsche kommunistische Bewegung reichliche Geldmittel von den russischen Bolschewisten bezieht, ist bisher schon oft behauptet worden. Eine strikte Ablegnung haben die kommunistischen Führer ja auch gar nicht versucht. Sie konnten das um so weniger, da der bolschewistische Abgesandte auf dem Spaltungsparteitag der Unabhängigen in Halle, Sinowjew, frank und frei und gerade zum Zwecke der Köderung der noch widerstrebenden Elemente die finanzielle Hilfe Moskaus für die deutsche kommunistische Bewegung proklamierte. Er prunkte noch damit, daß es der Moskauer Internationale in der Tat möglich gewesen sei, mit großen Geldbeträgen die außerrussischen „Brüder"-Gemeinden zu unterstützen.

Diese russischen Gelder fließen nun auch stark nach Deutschland. Wir halten dafür, daß es niemanden geben kann, der an verantwortungsvoller Stelle steht, der eine solche Sachlage und eine aus ihr unweigerlich sich ergebende Entwicklung ruhig mit ansehen kann. Wir wissen es heute, daß Moskau nicht nur Gelder zum organisatorischen Aufbau der kommunistischen Gliedschaften, zur Bestreitung von Wahlkosten, Werbungen usw. gibt, sondern daß diese Gelder mit der ausgesprochenen Verpflichtung gegeben werden, bestimmte machtpolitische Aktionen nach dem Geheiß und dem Ziel Moskaus zu unterstützen.

Unter der Ueberschrift: „Ein dunkles Kapitel" kommt der Mehrheitssozialist Eduard Bernstein im „Vorwärts" auf diesen Punkt zu sprechen. Bernstein sagt daß das wenigste über die Moskaugelder und ihre Verwendung in die Oeffentlichkeit dringe, aber, so führt er fort: „die seinerzeit von der sozialistischen Regierung Oesterreichs darüber an das Licht gebrachten Tatsachen genügen, die Methode erkennen zu lassen, nach der Moskau arbeitet. Es war ein erschütternder Notschrei, den die Wiener Regierung damals ausstieß, als sie die Summe bekanntgab, die Moskau an seine Agenten in Oesterreich gesandt hatte, um eine sozialistische Regierung zu stürzen, die nicht nach seinem Geschmack war. Welche Beträge es Moskau sich — nein, die Finanzen des Landes hat kosten lassen, um Deutschland mittels Anstiftung von Aufstand eine Regierungsform aufzuzwingen, von der es sicher war, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes sie nicht wollte, und daß der Versuch der gewaltsamen Durchführung das furchtbarste Elend über das Land bringen werde, ist vorläufig sein Geheimnis. Wenn man sich aber der Aufstände im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, in Bayern usw. erinnert, bei deren Anstiftung Bolschewisten die Hand im Spiele hatten, dann wird man die Abschätzung auf etliche Millionen nicht für übertrieben halten. Aehnlich im entsprechenden Verhältnis in anderen Ländern."

Es wäre höchste Zeit, daß sich nun auch unsere Regierung mit diesen Dingen einmal befaßt. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß im deutschen politischen Leben eine Partei existiert, die von einer auswärtigen Macht finanziert wird, noch dazu mit der Verpflichtung, die bestehenden politischen Gewalten im deutschen Lande, und sei es auch im blutigsten Bürgerkrieg, zu stürzen. Wenn gewisse politische Stellen an die Behandlung dieser Fragen bisher nur zögernd gingen, so muß diese Reserve jetzt unbedingt aufgegeben werden. Das deutsche Volk hat keine Lust, sich von einem Unglück ins andere zu stürzen und die sauer erworbenen Früchte einer unter vielfältigen Schwierigkeiten begonnenen neuen Arbeit durch die kommunistischen Treibereien entreißen zu lassen. Kr.

Verschiebung der Preußenwahlen?

Die preußischen Landtagswahlen sind bekanntlich gleichzeitig mit den Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen auf den 20. Februar festgesetzt worden. Es ist nun aber doch fraglich geworden, ob dieser Termin innegehalten werden kann. Denn als ein großes politisches Ereignis, das über die Bedeutung der Preußenwahlen nicht allein für Preußen, sondern für das ganze Reich weit hinausgeht, ist nunmehr die Tatsache anzusehen, daß die Abstimmung in Oberschlesien auf den 13. März festgesetzt worden ist. Unter diesen Umständen hatte es zweifellos seine allergrößten Bedenken, innerhalb Preußens einen Wahlkampf zu entfachen, der, wie schon die Anfänge zeigen, an Leidenschaftlichkeit und Heftigkeit alles bisher Erlebte weit hinter sich lassen würde. So wichtig und so notwendig auch diese parteipolitische Auseinandersetzung ist, wichtiger muß uns allen im Lande die Sorge um die Erhaltung Oberschlesiens sein. Nun wäre es aber gar nicht zu vermeiden, daß durch diese parteipolitischen Auseinandersetzungen ein gefährliches Moment der Schwäche gegenüber der Stellung der Deutschen in Oberschlesien herbeigeführt würde. Wenn [illegible] ist im gegenwärtigen Augenblicke eine einheitliche Front d[illegible]schen, also nicht nur der Preußen, sondern sämtlicher deutsch[illegible] Brüder und Schwestern, im Abwehrkampf gegen die polnischen Gelüste auf eines der wichtigsten und wertvollsten Gebiete Deutschlands notwendig. Diese Einheitsfront müßte aber in gefahrdrohender Weise durchlöchert werden, wenn der politische Kampf in Preußen, der nach dem Wunsch und Willen der Sozialdemokraten ein großer Kampf um die Macht werden soll, alle Geister aufrühren und sie im Streite um Mandate vergessen ließe, daß es ein kostbares Stück deutscher Erde zu retten gilt. Denn ohne Unterschied der Partei herrscht darüber Einmütigkeit, daß ein Verlust Oberschlesiens das wirtschaftliche Siechtum ganz Deutschlands besiegeln und damit unser Wirtschaftsleben, das trotz allem gegenwärtig im Stadium des Aufstieges sich befindet, tödlich zu treffen. Diese Zurückstellung der Austragung des parteipolitischen Kampfes ist um so notwendiger, als jetzt in der Tat in Preußen um die politische Macht gekämpft wird, und als dieser Machtkampf für das ganze Deutsche Reich, weil sein Ausgang von bestimmenden Einfluß auf die Reichspolitik sein wird, von Bedeutung ist. Die Sozialisten versuchen ja nichts mehr und nichts weniger, als mittels der Preußenwahlen eine parteipolitische und parlamentarische Konstellation zu schaffen, die durch ihre Zusammensetzung und Stärke fähig wäre, die gegenwärtige Regierung im Reiche zu stürzen. Diesem Bemühen gegenüber muß das Bestreben der Rechtselemente herrschend sein, die am 20. Juni 1920 angebahnte Stärkung der Ordnungselemente noch zu vertiefen. Dieser Prozeß muß ausgetragen werden, aber er darf andererseits auch nicht behindert werden durch die Sorge um so dringlichere Angelegenheiten und zumal um eine Lebensfrage, wie sie die Erhaltung Oberschlesiens für das Deutsche Reich bedeutet.

Der große Einfuhrbetrug

Liebesgabenschwindeleien, die zum Schaden des Reiches in die Millionen gehen und die unter raffinierteste Ausnutzung deutscher Reichsstellen durch eine Deutschamerikanerin vorgenommen worden sind, ist man dieser Tage auf die Spur gekommen. Da diese Angelegenheit neben der sachlichen und finanziellen eine weitereichende wirtschaftliche, ja politische Bedeutung hat, und da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß dieser „Fall" den Reichstag und die Oeffentlichkeit noch eingehend beschäftigen wird, müssen wir an dieser Stelle auch noch näher auf ihn zu sprechen kommen. Denn er ist typisch für eine gewisse Oberflächlichkeit, die vielfach bei gewissen Reichsstellen Angaben von Ausländern gegenüber an den Tag gelegt wird, während auch die ältesten Firmen des Inlandes einen wahren Titanenkampf durchzufechten haben, um für ihre berechtigten Wünsche Gehör zu finden.

In die Affäre sind neben der Deutschamerikanerin Virginia Moll und ihre Geschäftsfreunde, an der Spitze ein Wilmersdorfer Kaufmann, zahlreiche hochstehende Reichsbeamte und Reichsstellen, ja auch Privatbanken hineingezogen.

Frau Virginia Moll stammt aus Amerika. Sie ist eine geborene Fairfax-Brown aus Lody (Wisconsin). Sie war etwa zehn Jahre mit einem Herrn Moll verheiratet. Im vorigen Jahre starb Herr Moll und hinterließ seiner Frau ein geringes Vermögen von einigen tausend Mark. Die geschäftsgewandte Dame hatte dann hiesigen Stellen erklärt, daß sie über große Mittel verfügen könne, die in Amerika gesammelt wären, und die zum Ankauf von Liebesgaben benutzt werden sollen, wenn freie Einfuhr nach Deutschland gewährleistet würde. Die Liebesgaben sollten in Lebensmitteln bestehen.

Darauf hin hat der Reichsbeauftragte für Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr seine Einwilligung zur Einfuhr erteilt. Es handelt sich dabei nicht um den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr. Frau Moll hat es nun verstanden, gerade mit dieser Stelle, die für die Einfuhr der Lebensmittel maßgebend ist, eine Verbindung zu erlangen. Sie hat in dem Bureau des Reichsbeauftragten eine billige Küche eingerichtet, die für 4 M. einen Mittagstisch von drei Gängen verabreichte und sie hat auch für die Angestellten des Reichsbeauftragten einen Weihnachtsgabentisch gedeckt, bei dem die Geschenke und die Bewirtung über 80000 M. kosteten. Die Einfuhrerlaubnisse sind von den einzelnen Referenten gegeben worden, die wohl gutgläubig die Angaben der Frau Moll hingenommen haben und sich darauf berufen, daß Frau Moll mit den besten Empfehlungen der ersten Reichsstellen versehen war und in Kreisen verkehrte, die sich sonst sehr zurückhalten und in der Regel nur ganz einwandfreien Personen offen stehen. Um so größer war das Erstaunen in den Bureaus des Reichsbeauftragten, als das Landespolizeiamt, das von einer seiner Zweigstellen (Hamburg) auf den zollfreien und ungehinderten Verkehr von eingeführten verdächtigen Lebensmitteln aufmerksam gemacht worden war, mit der Behauptung auftrat, daß es sich hier um ein vollkommen schwindelhaftes Unternehmen handele.

Die Firma Wyler-St. Gallen die zuerst das Geld vorstreckte und die mit Frau Moll die amerikanische Wirtschaftshilfe gründete, hatte bei einer Berliner Großbank ein Konto. Zu ihr kam dann noch die Firma Hirschfeld in Kopenhagen als die Aufkäufer, die auch jetzt noch mit dem Unternehmen in Verbindung stehen. Wyler Sohn schied vor einigen Wochen aus. Dafür trat dann die Kommerz- und Privatbank, bei der Wyler Sohn das Konto hatte, als Geldgeberin ein und belieh die nach Deutschland hereingebrachten Lebensmittel. Die Mittelsperson für die Bank war der Depositenkassenvorsteher Flatow, von dem angenommen wird, daß er Frau Moll in den Geschäften Hilfe geleistet hat.

Festgestellt ist, daß etwa 40 Waggons Lebensmittel aller Art, darunter konzentrierte Milch, Kakao, Kaffee wahrscheinlich auch Zucker, zollfrei nach Deutschland eingeführt wurden. Bei den hohen Zollbeträgen, die durch den Goldaufschlag in die Hunderttausende gehen, ist das Reich sehr geschädigt worden, ungeachtet der Schädigung durch die unberechtigte Einfuhr. Es ist erwiesen, daß nicht ein Dollar gesammelten Geldes für die Sache zur Verfügung stand, sondern daß es sich um ein glattes Lebensmittelschiebungsgeschäft handelt, bei dem ein Teil des großen Gewinns für die billige Mittagsküche im Bureau des Reichsbeauftragten verwendet worden ist. Zu bewundern ist bei der ganzen Sache wieder die Leichtigkeit, mit der es den Schwindlern gelungen ist, Reichsstellen mit einem Stabe von Referenten und Juristen und allen Hilfsmitteln des Erkundigungsdienstes zu blufen. Es wird dringend notwendig sein, daß die zuständigen Stellen sich schnellstens über die Sache äußern.

Der Wert des nationalen Bewußtseins

Der nationale Geist, das nationale Bewußtsein gibt jedem einzelnen Volke das Gepräge der Volkspersönlichkeit. Er wird in der Seele der Nation ein neues Kraft- und Lebenszentrum.

Aus ihm erwächst zunächst ein nationales Geistesleben mit nationalen Tugenden, mit nationaler Sprache, Kunst, Sitte, mit nationalem Schrifttum, vor allem mit einer nationalen Sage. Diese umfaßt alle hehren Gestalten und Sinnbilder, in denen der Gemeinschaftsgeist einer Nation sich selbst mit seinem göttlichen Ursprunge, Werke, Schicksale, mit seinen Idealen, Zielen, irrationalen Seelenkräften und Seelenneigungen zu begreifen, sinnbildlich seinem Bewußtsein zu vergegenwärtigen sucht. Sage und Mythos verklären die Gottheit, die Urväter und die Urheimat, die Helden des Volkes, welche annähernd die Volkskraft auswirken. Sie preisen die Männer, welche in die Schicksalsgeschichte von Volk und Nation eingriffen, nicht minder die Sehnsucht nach Verwirklichung der hohen Aufgabe, die der Geist der Nation sich gestellt glaubt. Dieser nationale Geist umfaßt aber auch das Naturleben der Heimat, das Phantasie-, Gemüts- und Herzensleben des Volkes in Sagen, Märchen, Sinnsprüchen, Volkserzählungen, im Volksliede. Er offenbart sein höheres Geistesleben in der Nationaldichtung und der nationalen Kunst. Glücklich das Volk, dem die Einheit der Religion, der Kirche gewahrt blieb, dessen Seelenleben mit seiner ureigenen, eineheitlichen Religion ungeteilt so verwachsen konnte, daß sie ihm zur Volksreligion wurde und ebenso vertraut und unangefochten blieb wie seine Nationalheiden, seine Heimat und Volkssitte. In ihrer Religion lebt und webt die Volkssiele als in ihrer Urheimat. Wenige hat die Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins und der deutschen nationalen Einheit bis auf die heutige Stunde mehr gehemmt als die Glaubensspaltung, die bei der den Deutschen eigenen Hartnäckigkeit und Neigung zur Schulmeisterei zu wütenden Religionskriegen, zu endlosen konfessionellen Streitigkeiten und damit zur kalten Entfremdung trotz des gemeinsamen Bekenntnisses zur Religion Christi geführt hat. Wir deutschen Christen haben heute noch keinen eheilichen konfessionellen Frieden, darum auch kein christliches Gemeinschaftsbewußtsein, das fähig wäre, die christliche Religion und einen lebenswarmen christlichen religiösen Volksgeist gegen den Geist der Verneinung zu schützen.

Aus dem Lebensquell des nationalen Bewußtseins erwachsen aber auch neue Gesamtkräfte zur Bewältigung des äußeren Lebens in Staat, Wirtschaft und Kulturarbeit. Sie entspringen der staatsbildenden Kraft, dem Staatsgedanken und dem Staatswillen, die erst die Nation schaffen. Nur aus dem starken nationalen Selbstbewußtsein kann der Wille erwachsen, eine nationale Volkswirtschaft aufzubauen, als Betätigung der nationalen Kraft, der nationalen Macht als Erfüllung einer nationalen Aufgabe in der Menschheitsfamilie. Das nationale Pflichtbewußtsein holt das Beste an Entsagungskräften aus einem Volke heraus. Der äußere Aufschwung Deutschlands nach der Reichsgründung war nur durch den erwachten nationalen Geist möglich; der Wiederaufbau nach Niederlage und Revolution strebte hinzu weil dieser nationale Geist [illegible] war. Ohne ihn müßte alles Reden und Schreiben, alle [illegible], politische und sozialpolitische Betriebsamkeit fruchtlos [illegible].

Vor allem aber wurde lediglich die [illegible] starke Staatsgedanke und Staatswille in dem nationalen Bewußtsein. Wir Deutschen haben uns für einen neuen Volksstaat entschieden, der durch einen revolutionären Bruch von dem alten Staate getrennt ist. Daß wir bislang keinen die Geister und Herzen bezwingenden kraftvollen neuen Staatsgedanken aufwachten, ist der Grund unseres nationalen Elends. Wir brächten ihn bisher nicht auf weil unser nationales Bewußtsein seit Jahrhunderten verkümmert ist und weil wir bis zur Stunde die Macht des nationalen Bewußtseins nicht vollauf verstehen.

Keine preußischen Gebietsabtretungen an Hamburg

Die in den letzten Wochen von verschiedenen Zeitungen verbreiteten Nachrichten denen zufolge angeblich Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über die Angliederung von Teilen Schleswig-Holsteins an Hamburg aus Anlaß einer Vereinheitlichung benachbarter Bezirke geführt werden, entbehren jeder Grundlage. Die zur Zeit mit Hamburg geführten Verhandlungen haben lediglich den Zweck, eine Vereinbarung darüber zu treffen, in welcher Weise die Schutzpolizeikräfte Hamburgs und diejenigen einiger unmittelbar angrenzenden preußischen Gemeinden, die mit Hamburg ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden, im Falle von Unruhen am vorteilhaftesten zusammengefaßt und verwendet werden können, ohne daß dabei die staatsrechtlichen Beziehungen Preußens und Hamburgs irgendwie berührt werden. Es handelt sich also lediglich um die durch die Not der Zeit gebotene bestmögliche Ausnutzung der von dem Vielverbande zugelassenen geringen Polizeikräfte. Im übrigen werden zu den demnächstigen Verhandlungen über die mit Hamburg zu treffende Vereinbarung nicht nur die beteiligten Gemeinde- und Staatsbehörden, sondern auch Vertreter der Provinzialverwaltungen Schleswig-Holsteins und Hannovers zugezogen werden.